

Möglichkeiten und Bedingungen von Kritik

Das Sprechen über sexualisierte Gewalt nach dem Tübinger „Paedfeschk“

Einwurf bei der Veranstaltung der Fachschaft Erziehungswissenschaft im Rahmen der Themenwoche Kritik am 19.5.2017 im Institut für Erziehungswissenschaft

Andreas Foitzik

Am vergangenen Freitag war im Rahmen der Themenwoche Kritik, die die Fachschaft gemeinsam mit dem Institut veranstaltet, die Veranstaltung „Auf eine Tasse Kritik - Was bedeutet Kritik im Kontext der universitären Lehre?“ geplant.

Zwei Tage vor dieser Veranstaltung hatte die Fachschaft auf ihrer Facebookseite selbst Vorfälle von Grenzverletzungen und sexualisierter Gewalt auf dem von ihr am Freitag vorher im Tübinger Jugendzentrum Epplehaus veranstalteten „Paedfeschk“ hingewiesen:

*Liebe Paedfeschk-Besucher*Innen,*

uns ist es wichtig, zu den Ereignissen letzten Freitag noch einmal Stellung zu beziehen. Nach einer anfangs sehr schönen Party, kam es zu späterer Stunde zu massiven Grenzverletzungen und sexuellen Belästigungen. Und das in einem so großen Ausmaß, dass wir und das Epple-Team die Situation leider nicht in den Griff bekamen. Das hat uns sehr schockiert.

Wir haben uns seitdem viele Gedanken gemacht und auch schon mit dem Epplehaus analysiert, was schief gelaufen ist letztes Wochenende. Leider sind ähnliche Vorfälle auch bei der Queerdonism am Tag danach aufgetreten. Niemand von uns hat mit so etwas gerechnet, dementsprechend haben wir nicht die nötigen Vorkehrungen getroffen, um auf so kritische Situationen mit sehr vielen Tätern reagieren zu können.

*Das Epple hat bereits Konsequenzen gezogen, um solchen Vorfällen entschlossen entgegenzutreten. Wir als Fachschaft werden noch diskutieren, welche Folgen es für das Konzept des Paedfeschks haben kann. Für Betroffene und deren Freund*Innen sind wir gerne Ansprechpartner. Schreibt uns per Facebook, Mail, kommt in die Fachschaftssitzung oder spricht jemand von uns direkt an.
Eure Fachschaft*

Dies hat dann– ausgelöst unter anderem von Facebookposts von Oberbürgermeister Boris Palmer – zu einem massiven medialen Andrang auf die Beteiligten geführt, teilweise mit bedenklichen Methoden. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage nach der Herkunft der Täter.

Die Fachschaft sah sich einem großen Druck ausgesetzt, öffentlich Stellung beziehen und hat sich in dieser Situation zum einen das Recht auf einen (Zeit-)Raum genommen, die Situation und das eigene Handeln in der Situation zu reflektieren und keine schnellen Äußerungen zu tätigen. Zudem hat sie sich Unterstützung geholt, unter anderem beim Netzwerk Antidiskriminierung e.V. Region Reutlingen/Tübingen.

*Am Donnerstagabend veröffentlichten Ehrenamtliche des Epplehauses eine Erklärung, nachdem Äußerungen von einzelnen ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen als Verharmlosung der Ereignisse verstehbar waren. Die Formulierung ist eng mit der Fachschaft abgestimmt. Darin heißt es: „Bei den Veranstaltungen am Freitag und Samstag kam es zu nicht hinnehmbaren Grenzüberschreitungen und sexuellen Belästigungen. Mit diesen Problematiken sind wir schon länger konfrontiert und haben diverse Maßnahmen zum Schutz der Gäste und der Mitarbeiter*innen (Schutzpersonal, Hausverbote, Arbeitskreise) entwickelt.“*

*An diesen Abenden haben wir die Situationen zusammen mit den Mitveranstalter*innen falsch eingeschätzt und waren diesen im späteren Verlauf der Veranstaltungen nicht mehr gewachsen. Dies tut uns leid. Wir stehen hinter den Betroffenen und haben bereits Schritte eingeleitet, um zukünftig angemessen reagieren und einen sicheren Raum für Alle bieten zu können. Wir vermitteln bei Bedarf professionelle Unterstützungsmöglichkeiten. Gemeinsam mit der Fachschaft Erziehungswissenschaft und mit Unterstützung des Netzwerks Antidiskriminierung e.V. befinden wir uns im Reflexionsprozess und im engen Austausch, um das Thema sachlich weiter zu bearbeiten. Hierbei möchten wir die Betroffenen einbeziehen und laden zum Austausch ein. Gern treten wir auch in den Dialog mit der Stadt.“*

In dieser Situation hat die Fachschaft am Donnerstagabend beschlossen, die geplante Veranstaltung am Freitagvormittag zu einem Raum der Reflexion zu machen und mich gebeten, da einen Aufschlag zu machen, dieser Bitte bin ich gerne nachgekommen.

Liebe Kolleg*innen und Kollegen

Ich wurde gebeten, hier einen kurzen Aufschlag zu machen, um den Raum einer Diskussion zu öffnen über die Möglichkeiten, in derartigen Situationen sprachfähig zu werden.

Ich war gestern Abend mit der Fachschaft und Vertreter*innen des Epplehauses, zusammengesessen und habe sie kennengelernt als fachlich beeindruckend kompetente Kolleg*innen, die sich ihrer Verantwortung bewusst sind, und sich seit Tagen sehr ernsthaft und engagiert mit den Ereignissen und den (auch medialen) Entwicklungen auseinandersetzen. Dass nun heute ich und nicht sie diesen Aufschlag machen, liegt allein daran, dass sie als unmittelbar Beteiligte, zunächst etwas Abstand gewinnen wollen.

Ich spreche hier zum einen als Ex-Fachschaftler, auch wenn das 30 Jahre zurückliegt. Aber ich kann sagen, dass ich in der Fachschaftsarbeit viel zum Thema Kritik und Reflexion gelernt habe. Und ich spreche für zwei Netzwerke.

Zum einen das Netzwerk rassismuskritische Migrationspädagogik (www.rassimuskritik-bw.de), das sich seit einigen Jahren mit Kritik als eine Bedingung von pädagogischer Fachlichkeit in Migrationskontexten auseinandersetzt, Reflexionsräume organisiert und politische Intervention aus einer fachlichen Position und in Verteidigung der Adressat*innen sozialer Arbeit gestaltet.

Und ich spreche für das Netzwerk Antidiskriminierung e.V. Region Reutlingen/Tübingen (www.nw-ad.de), das eine professionelle Antidiskriminierungsberatung und Räume des Empowerment anbietet und versucht, das Thema Diskriminierung in die (Fach-)Öffentlichkeit bringt.

Ich spreche nicht als Experte für das Thema sexualisierte Gewalt und ich kann weder die Perspektive von Gewalt und Grenzverletzungen betroffener Frauen angemessen aufgreifen noch kann ich den von rassistischer Gewalt betroffenen Tätern hier eine Stimme geben.

Daher möchte ich zu Beginn einen Ausschnitt aus dem Text **Ausnahmslos** vorlesen, geschrieben von Feminist*innen in den Wochen nach der Kölner Silvesternacht 2016, der an Aktualität nichts verloren hat.

Der konsequente Einsatz gegen sexualisierte Gewalt jeder Art ist unabdingbar und von höchster Priorität. Es ist für alle schädlich, wenn feministische Anliegen von Populist_innen instrumentalisiert werden, um gegen einzelne Bevölkerungsgruppen zu hetzen, wie das aktuell in der Debatte um die Silvesternacht getan wird.

Sexualisierte Gewalt darf nicht nur dann thematisiert werden, wenn die Täter die vermeintlich „Anderen“ sind: die muslimischen, arabischen, Schwarzen oder nordafrikanischen Männer – kurzum, all jene, die rechte Populist_innen als „nicht deutsch“ verstehen. Sie darf auch nicht nur dann Aufmerksamkeit finden, wenn die Opfer (vermeintlich) weiße Cis2-Frauen sind. Der Einsatz gegen sexualisierte Gewalt muss jeden Tag ausnahmslos politische Priorität haben, denn sie ist ein fortwährendes Problem, das uns alle betrifft. <http://ausnahmslos.org/>

Der Ort und Zeitpunkt der Kritik

Ich will über die Dialektik der Kritik sprechen, über ihre gleichzeitige Notwendigkeit und Unmöglichkeit und dies in verschiedenen Dimensionen. Der Ort und Zeitpunkt von Kritik und die Verantwortung von Kritik.

Es braucht einen dritten Ort. Der Ort der Kritik ist nicht in der Situation, Kritik nimmt Abstand, erlaubt sich von außen zu schauen. Erlaubt sich auch, Menschen auszuwählen, mit denen eine Kritik entwickelt werden kann. Der Ort braucht Ruhe und keine Aufgeregtheit. Der Ort muss geschützt werden.

Kritik darf sich nicht unter Druck setzen lassen, darf keine bloße Rechtfertigung sein und nie nur Abwehr, sondern nimmt immer sowohl das eigene Verhalten, das Verhalten anderer im Kontext von Verhältnissen war, die ein bestimmtes Verhalten, wenn nicht bedingen, dann doch nahelegen oder ermöglichen.

Kritik kann sich nicht damit begnügen, das Richtige zu sagen, sondern hat auch eine Verantwortung, wie das womöglich Richtige von andern falsch genutzt werden kann. Dies nimmt die Kritisierenden nicht in die volle Verantwortung dafür, wie das von anderen genutzt und aufgegriffen wird, aber es entlässt sie auch nicht einfach aus dieser Verantwortung.

Wir kommen hier schnell zu der Erkenntnis, dass beispielsweise Facebook diese Voraussetzungen nicht bietet.

Gleichzeitig ist diese Beschreibung aber auch ein Problemaufriss. Eine Kritik, die sich abschottet und unter sich bleibt, die sich zu viel Zeit nimmt, die aus Angst vor der falschen Verwendung des Gesagten stumm bleibt, die aus Sprachlosigkeit anderen den diskursiven Raum überlässt, die vor lauter Reflexion das Handeln vernachlässigt, ist selbstverliebt und wirkungslos.

Dieses Dilemma war als Druck in den Diskussionen über die nächsten Schritte am gestrigen Abend mit den Händen zu greifen: Wie schnell müssen wir uns äußern? Wem sollen wir antworten? Was müssen wir richtigstellen? Wie kann das verstanden werden? Sollen wir mit der Presse reden? Wie können wir reden, ohne über die Köpfe der Betroffenen hinweg zu reden? usw.

Für uns als Pädagog*innen sind die Fragen in vielerlei Hinsicht bedeutsam. Die Unmöglichkeit der Kritik spiegelt die Unmöglichkeit des richtigen pädagogischen Handelns.

Konkret an dem aktuellen Beispiel: Wie werden wir gleichzeitig unserer Verantwortung gegenüber betroffenen Frauen gerecht und gleichzeitig unserer Verantwortung gegenüber den Tätern. Dass beides gleichzeitig nötig und im konkretem Handeln kaum einzulösen ist, beschreibt das Dilemma der

Kritik und des pädagogischen Handelns zwischen einer eindeutigen und nicht halbierbaren Parteilichkeit in machtvollen Verhältnissen und einem respektvollen und professionellen Umgang mit Tätern, insbesondere wenn es sich im Einzelfall um Täter handelt, die selbst in machtvollen Verhältnissen wenig Verfügung über ihr Leben haben.

Aber es ist ein Kern von demokratischen Verhältnissen, dass Straftäter fair und respektvoll behandelt und im Einzelfall und nie als Gruppe beurteilt werden. Und wir müssen, darin hat Astrid Messerschmidt bei ihrem Vortrag hier im Institut nach den Kölner Ereignissen erinnert, diese demokratischen Grundsätze bei aller Kritik im konkreten grundsätzlich immer und überall verteidigen, weil sie uns den Raum erst ermöglicht, kritisch denken und handeln zu können. Vielleicht ist dies einer der Grundzüge einer dialektischen Kritik: Das zu verteidigen, was man kritisiert. Und das zu kritisieren, was man verteidigt.

Ein anderes Beispiel dafür ist unser Umgang mit der Presse: wir müssen das Recht der Presse, transparent und offen über solche Ereignisse selbstverständlich verteidigen und gleichzeitig kritisieren, wenn sie dabei ethische Maßstäbe verletzt.

Was bedeutet das für das Sprechen über die Ereignisse beim Paedfesd

In Zeiten größter medialer Aufregung lohnt es, zunächst in Ruhe zu bewahren und in Ruhe zu überlegen, was die nächsten Schritte sind. Die sozialen Medien sind dafür sicherlich nicht die richtige Plattform.

Gerade sexualisierte Gewalt ist KEIN Thema für unüberlegte Schritte und Diskussionen. Wer mit der Skandalisierung solcher Ereignisse glaubt, den betroffenen Frauen zu helfen, muss sich fragen lassen, ob nicht genau die damit ausgelöste schnelle Sensationsberichterstattung den Frauen schadet.

Die Maxime unseres Handelns muss sein, alles zu unterlassen, was den Frauen noch mehr schadet.

Die von Übergriffen betroffenen Frauen sind Opfer sexualisierter Gewalt, unabhängig von wem sie ausgeht. Sie haben unsere Solidarität. Sie brauchen Ruhe und fachliche Unterstützung. Ihnen die Medien auf den Hals zu hetzen, ist ein Bärenienst.

Die betroffenen Frauen brauchen – wenn sie es wünschen – einen schnellen Zugang zu einer fachlichen Unterstützung. Die Konzentration in der Diskussion auf die „Täter“ führt eher dazu, die Interessen der Frauen eben nicht im Blick zu haben.

Im Gegenteil, fachlich geboten ist, die Frauen vor den Medien zu schützen, bzw. ihnen zu raten, zuerst fachliche Unterstützung in qualifizierten Beratungsstellen aufzusuchen, bevor sie sich äußern. Aus der Erfahrung von Beratungsstellen wissen wir, dass es viele Frauen sehr bereut haben, und später darunter gelitten haben, dass sie sich zu schnellen Äußerungen in den Medien haben bewegen lassen.

Dieses fachlich gebotene Vorgehen sollte als erster wichtiger Schritt nicht als Vertuschung diffamiert werden.

Auch die Veranstalter*innen sind gut beraten, in Ruhe zu agieren. Viele Erfahrungen zeigen, dass schnelle Debatten nicht zu kontrollieren sind und sich nicht selten auch nochmals gegen die Frauen richten, indem Fragen nach ihrem Verhalten in der Situation auftauchen. Dies gilt es zu verhindern.

Es ist angesichts der Folgen für die Betroffenen nicht einfach, zuzugeben, dass man mit der Situation überfordert war und vielleicht auch in der Situation falsche Entscheidungen getroffen hat. Diese

Frage müssen sich Veranstalter, aber auch alle Dritte, die von den Vorfällen mitbekommen haben, stellen. Wer hat in welcher Situation nicht eingegriffen? Wie hätte man die Frauen besser schützen können? Wie hätte man sich besser vorbereiten können? Diese und andere Fragen sind in Ruhe aufzubereiten und dann auch öffentlich zu vertreten. Sie sind aber als Schnellschüsse wenig hilfreich.

Bei der Reflexion dieser Fragen wird man sich auch die Frage stellen, ob man anders gehandelt hat, weil man die Täter nicht zuerst als Täter gesehen hat, sondern als Menschen in schwierigen Lebenssituationen. Wenn man die Täter zum Beispiel als Geflüchtete wahrnimmt, evtl. ohne wirklich wissen zu können, wer sie sind, und aus diesem Grund anders handelt als ohne diese Annahme, muss man sich der Frage stellen, ob man aus diesen Grund, die betroffenen Frauen zu wenig geschützt hat. Das darf nicht sein.

Gleichzeitig ist klar, dass eine Anzeige hier deutlich andere Folgen für den Täter haben kann, als wenn der Täter, einen deutschen Pass besitzt. Für die betroffenen Frauen macht dies keinen Unterschied und darf daher auch in der Frage des Schutzes keinen Unterschied machen! Aber es bleibt ein Teil des Handlungsdilemmas, das in solchen Situationen und noch mehr in der Diskussion über solche Situationen besteht. Es ist für eine professionelle Bewältigung solcher Situationen hilfreich, dieses Dilemmata zu beschreiben und nicht so zu tun, als wäre ein einfaches Reden möglich.

Wie kann man über die Ereignisse öffentlich reden in einer Öffentlichkeit,

- die die Täter schnell als Teil einer Gruppe wahrnimmt in einer Weise wie sie es bei anderen Tätern nicht tun würde,
- die ebenso schnell kulturalisierende Erklärungen bereit hält, die die (Straf-)Taten einseitig aus der angeblichen kulturellen Herkunft erklärt,
- die nicht nach den vielfältigen Gründen für das Handeln fragt und nicht nur nach Sanktion, sondern auch nach Unterstützung fragt,
- die vor allem auch alle anderen, die zu dieser „zur Gruppe gemachten Gruppe“ gerechnet werden, der Gefahr aussetzt, für die Taten in Verantwortung gezogen zu werden und in ihrer Zugehörigkeit zur Gesellschaft massiv angefragt zu werden?

Wie kann man diese Fragen stellen, ohne sich dem Vorwurf auszusetzen, die Taten zu entschuldigen, zu bagatellisieren oder zu relativieren?

Um das klar zu stellen: **Es gibt keine „mildernde Umstände“** aufgrund kultureller Gewohnheiten. Bei keinen Würdeverletzungen, schon gar nicht bei sexualisierter Gewalt. Aber die Gesellschaft und im speziellen Soziale Arbeit und Jugendhilfe sind aufgefordert, alle Geschichten zu sehen, um den einzelnen Menschen gerecht zu werden.

Als vor einigen Jahren in Winnenden ein Schüler 16 Mitschüler*innen und Lehrer*innen in einem Amoklauf erschossen hat, gab es viele Fragen, wie es dazu kommen konnte, was schiefgelaufen ist, welche Unterstützung möglich gewesen wäre. Der Landesbischof hat den Schüler in sein Gebet aufgenommen. Den Täter, der irgendwie auch als Opfer von Verhältnissen gesehen wurde, die die Tat begünstigt haben. Dies alles, ohne die Tat, die schreckliche Tat zu verharmlosen.

Genau dies scheint aber in der Diskussion von sexualisierter Gewalt von Tätern, die als Geflüchtete gesehen werden, im Moment kaum möglich. Genau darum müsste es aber gehen. Wir müssen die vielfältigen Gründe ergründen, um politische und pädagogische Antworten zu finden. Die womöglich traumatischen Fluchterfahrungen, die Erfahrung mit der erneuten Unsicherheit in einer Gesellschaft, die ihnen keine Sicherheit anbietet, die Lebenssituation in der Sammelunterkunft, Millieuerfahrungen in der aktuellen Lebenssituation und auch im Herkunftsland.

Das sollte aber im Grunde das Handwerkszeug einer professionellen Sozialen Arbeit sein, unabhängig von zugeschriebener Herkunft und politischer Position der Adressat_innen.

Die Kritik der Debatte

Wenn all diese Fragen nicht gestellt werden können, wenn in Debatten dagegen schnelle Antworten gegeben werden, dürfen auch diese Debatten Gegenstand der Kritik sein. Dann können wir beginnen andere Fragen zu stellen: Wer spricht über was mit welchem Ziel und wer spricht über was nicht mit welchem Ziel.

Empfehlung Single Story: (noch ausführen)

Hier lohnt es sich, nochmal die Rede „Nach Köln. Reden über Sexismus und Rassismus“ von Astrid Messerschmid, hervorzuholen, die sie im Januar 2016 hier im IfE gehalten hat (<http://www.rassismuskritik-bw.de/nach-koeln-sprechen-ueber-sexismus-und-rassismus/>). Dann lohnt es sich darüber nachzudenken, in wieweit die mediale Diskussion über sexualisierte Gewalt von vermeintlich anderen Tätern das „Phantasma eines reinen Innenraums, der durch Migration verunreinigt ist, bedient“.

Astrid Messerschmid kommt zum Schluss: „Was langfristig benötigt wird, ist eine nicht identifizierende Thematisierung von Frauenverachtung und sexualisierter Gewalt bzw. sexueller Belästigung. Diese nimmt nicht die Identitäten der Akteure in den Blick, sondern die Verhältnisse, die diese Gewalt begünstigen und ermöglichen. (...) „Sexualisierte Gewalt darf nicht nur dann thematisiert werden, wenn die Täter die vermeintlich „Anderen“ sind.“

Und man könnte fortfahren: Sie muss natürlich auch dann thematisiert werden können, wenn die Täter die vermeintlich „Anderen“ sind.“